

ihrem eigenen Programm erklärten. Sie würdigten den hohen persönlichen Anteil des Generalsekretärs des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Genossen Leonid Iljitsch Breschnew, im Kampf für Sozialismus, Sicherheit und die Festigung eines dauerhaften Friedens.

Beide Seiten unterstrichen die aktuelle Bedeutung der Initiativen der Bukarester Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom November 1976 und sind entschlossen, unablässig zur Erfüllung dieser weitreichenden Beschlüsse beizutragen. Sie lassen sich davon leiten, daß die Vorschläge der sozialistischen Staatengemeinschaft dem Geist und Buchstaben der Schlußakte von Helsinki entsprechen. Ihre Verwirklichung wäre geeignet, die militärische Konfrontation zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages und der NATO in Europa zu vermindern und die politische Entspannung durch die militärische zu ergänzen. Der Vorschlag an die Teilnehmerstaaten der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, sich vertraglich zu verpflichten, gegenseitig nicht als erste Kernwaffen anzuwenden, und der Vorschlag, die Zahl der Mitglieder der militärisch-politischen Bündnisse nicht zu erhöhen, sind geeignet, bei ihrer Realisierung die internationale Lage zu verbessern und die Gefahr des Ausbruchs eines Kernwaffenkrieges zu verringern.

Die Delegationen betonten die Notwendigkeit, daß alle Teilnehmerstaaten der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa die Prinzipien und Empfehlungen der Schlußakte von Helsinki, die ein einheitliches Ganzes bilden, strikt achten und allseitig verwirklichen.

Sie werden auch künftig allen Bestrebungen entgegentreten, die Schlußakte mit dem Ziel der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einseitig zu interpretieren und zu mißbrauchen.

Die Deutsche Demokratische Republik und die Tschechoslowakische Sozialistische Republik erwarten, daß alle Teilnehmerstaaten, die ihre Vertreter nach Belgrad entsandt haben, alles dafür tun, damit dieses Treffen im Geiste der Helsinki-Konferenz in einer sachlichen und konstruktiven Atmosphäre verläuft und ein weiterer positiver Schritt im Entspannungsprozeß wird.

In der Verwirklichung der von der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in ihrem Abrüstungsmemorandum an die XXXI. UN-Vollversammlung unterbreiteten Vorschläge zur Einstellung des Wettrüstens und zur Abrüstung sowie für den Abschluß eines Weltvertrages über den Verzicht auf Gewaltanwendung in den internationalen Beziehungen sehen beide Seiten einen wesentlichen Beitrag zur weiteren Festigung der Entspannung.

Die Deutsche Demokratische Republik und die Tschechoslowakische Sozialistische Republik unterstützen den von der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auf der XXXII. Tagung der UN-Vollversammlung unterbreiteten Vorschlag, die Vertiefung und Festigung der internationalen Entspannung und